Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 1 (1921-1922)

Heft: 8

Artikel: Notiz betreffend meinen Verzicht auf das Bundespräsidium für 1919

Autor: Müller, Eduard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-154021

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizerische Monatshefte * für Politik und Kultur *

Verlag der Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte für Bolitif und Kultur, Zürich. — Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Hans Dehler. Bezugspreis jährlich Fr. 16.—, vierteljährlich Fr. 4.25, Einzelhefte Fr. 1.50. Ueber die Bezugsbedingungen für das Ausland gibt der Verlag Austunft.

Bestellungen nehmen alle Post stellen, alle besseren Buch hand lungen oder der Verlag Zürich, Steinhalden ur aße 66 entgegen.
Einzahlung des Bezugspreises auf unsere Postcheed-Rechnung VIII 8814 gilt als Bestellung. Bestellungen aus dem Auslande nur dirett beim Berlag.

1. Jahrgang

November 1921

Seft 8

Notiz betreffend meinen Verzicht auf das Bundespräsidium für 1919.

Von

Bundesrat Müller fel.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Wir machen im folgenden unsere Leser mit Aufzeichnungen bekannt, die Bundesrat Müller sel. kurz nach seinem Berzicht auf das Bundespräsidium im Dezember 1918 gemacht hat. Sie gewähren einen tiesen Einblick in das schwere Amt eines Bundesrates während der Kriegsjahre, vermitteln uns aber auch eine wertvolle Erkenntnis der unheilvollen Kräfte, die auf die Haltung unserer obersten Behörde im Laufe der Zeit mehr und mehr Einssluß gewannen und so unsere Außenpolitik in jene Richtung drängten, in der wir uns zum Schaden unserer Selbständigkeit und Unabhängigkeit noch heute bewegen. Die Aufzeichnungen haben solgenden Wortlaut:

1. Als im Dezember des Jahres 1917 Bundesrat Forrer aus dem Bundesrat austrat, entstand erstmals die Frage, ob an seiner Stelle Ador oder ich zum Vizepräsidenten gewählt werden solle. Wäre Forrer im Bundesrate geblieben, so wäre diese Frage wohl ebenso zwischen ihm und Ador entstanden. Denn die Welschen und namentlich die Genser wollten keine Zeit verlieren und Ador so bald wie möglich am Präsidium sehen, die deutsche Schweiz dagegen hielt die Wahl Adors zurzeit für versrüht und für inopportun. Tatsache war, daß die Wahl Adors damals namentlich von Deutschland nicht gerne gesehen worden wäre, da Ador als durchaus einseitiger Ententist galt. Gerade so waren aber Forrer und ich bei der Entente angeschrieben. Von bei den Seiten wurde bei mir energisch im Sinne der Annahme des Vizepräsidiums wie der Ablehnung gewirkt. Ich fand aber, daß wenigstens zurzeit für mich kein Grund zur Ablehnung bestehe und stellte mich den Deutschschweizern zur Verfügung.

Tatsächlich war der Krieg damals noch nicht entschieden. Abor saß erst ein halbes Jahr im Bundesrate und hatte noch keine rechte Einsicht in den Geschäftsgang gewinnen können. Auch hatte man hie und da den Eindruck, daß er noch unter mitgebrachter vorgefaßter Meinung handle. Das alles war für mich mitbestimmend in dem Entschlusse, das Vizepräsidium anzunehmen.

- 2. Ende Juni oder in den ersten Tagen Juli 1918 brachte ich im Bundesrat die Frage zur Sprache, ob es angängig erachtet werde, wenn ich im Jahre 1919 neben dem Präsidium das Justiz- und Polizeidepartement behalten würde, während dann das politische Departement von einem andern Mitgliede des Bundesrates übernommen würde. Sämtliche Rollegen sprachen sich gegen eine solche Kombination aus, womit die Frage für mich erledigt war.
- 3. Im August teilte mir Herr Calonder mit, daß er eine Vorlage für den Bundesrat vorbereite, wonach für die Zukunft das politische Departement für drei Jahre den gleichen Chef haben würde, während das Präsidium frei rotieren würde. Er fand, daß die Geschäfte des politischen Departements unter dem jährlichen Wechsel des Departements leiden, weil die Einarbeitung längere Zeit in Anspruch nehme und die Kontinuität sehle. Der Gedanke war mir sympathisch, weil er zu meinem früheren Vorschlage paßte, doch äußerte ich Zweisel, ob der Bundesrat nach seiner früheren Stellungnahme darauf eintreten werde.

Im September brachte Calonder dann seine Vorlage wirklich ein, die nun einige Zeit auf dem Kanzleitische lag. Während einer Abwesenheit Calonders sprachen wir im Bundesrat gelegentlich darüber, wobei die Meinungen sehr gegen den Vorschlag waren. Herr Motta meinte, es wäre am besten, wenn ich als Senior mit Herrn Calonder reden wollte, um ihn zur Zurücknahme seines Antrages zu bestimmen. Ich lehnte ab — aus guten Gründen.

Später brachte der "Bund" in einem kurzen von Calonder inspirierten Leitartikel den Vorschlag in empfehlender Weise zur Kenntnis des Publikums, worauf sofort die welsche Presse sekundierend einsiel. Die — von Calonder nicht beabsichtigte — Intrige war da und als daher die Sache im Bundesrat endlich behandelt wurde, erklärte ich, daß ich mich nicht als Spielball behandeln lasse, daß ich keine "Lex Wüller" für mein Präsidentschaftsjahr annehmen könne und daß ich daher das Präsidium mit dem politischen Departement beanspruche oder dann lieber beides fahren lasse. Hierauf zog Calonder seinen Antrag zurück.

4. Bon da an ging die Hetze gegen meine Person in einem großen Teil der welschen Presse wie auf Kommando wieder los. Man hetzte auch gegen Schultheß und verlangte, daß wir beide aus dem Bundesrat austreten. "Démocrate", "Genevois" etc. etc. meinten, jetzt habe die Entente gesiegt und nun seien Leute nötig, die der Entente genehm seien. In Genf dachte man an die Organisation großer Bolksversammlungen, wobei Herr de Rabours eine äußerst unwürdige Kolle spielte. Schwamm über alle diese dunkeln Shrenmänner, die sich zu diesem dunkeln Treiben hergaben!

Herr Ador fand sich veranlaßt, zu mir zu kommen und mir zu erklären, daß er dieser Hetze durchaus fernstehe und daß er sie bedaure. Er habe die Genfer eindringlich ersucht, von den geplanten Demonstrationen abzusehen. Ich habe ihm erwidert, daß ich keinen Augenblick ob seiner Loya-lität gezweiselt habe und daß ich davon überzeugt sei, daß die ganze Kampagne von anderer Seite inspiriert sei. Er meinte, ob man nicht hinsichtlich des politischen Departements auf den Vorschlag Calonder zurückkommen könnte, gegen mein Präsidium würde man, wie er glaube annehmen zu dürfen, seitens der Entente keine großen Einwendungen haben. Ich erwiderte, daß ich auf diese Lösung, nach allem, was gegangen sei, ehren halber nicht eintreten könne und behielt mir meine Entschließung vor.

5. Inzwischen hatte sich auch die Affäre Kösemeier entwickelt. Die Ausweisung dieses Menschen war von mir nach reislicher Ueberlegung beantragt worden. Zweimal hatte ich im Bundesrate auseinandergesett, daß diese Ausweisung meines Erachtens ein Gebot unserer Neutralität sei, daß sie aber viel Staub auswersen werde. Man möge sich daher die Sache wohl überlegen. Als dann die Sache zur Entscheidung kam, sagte Herr Motta im Bundesrate, daß er punkto Beleidigung eines fremden Volkes noch nichts Scheußlicheres gesehen habe wie den Brief, den Rösemeier in französischen Blättern veröffentlichen ließ. Die Ausweisung wurde vom Bundesrat ein stimmig beschlossen und ich ersuchte die Polizeischrektion des Kantons Bern um deren Vollzug.

Acht oder zehn Tage später kam Prof. Max Huber, um mich um Auskunft zu bitten, worauf ich ihm die Akten zustellen ließ. Am folgenden Tage teilte Herr Bundespräsident Calonder in der Sitzung des Bundesrates mit, eine Frau Whitehouse, die Leiterin des amerikanischen Pressedienstes in der Schweiz, sei auf das politische Departement gekommen und habe wegen dieser Ausweisung protestiert. Sie habe ein für die amerikanische Presse bestimmtes, äußerst heftiges Telegramm mitgeteilt, das sie abschicken werde, wenn der Bundesrat auf der Ausweisung beharre, und man werde sehen, welche Wirkungen und Folgen das für die Schweiz nach sich ziehen würde. Sie meinte, Rösemeier sei wegen seiner Beteiligung an der Redaktion der "Freien Zeitung" ausgewiesen worden, was nicht wahr war. Herr Calonder beantragte, der Bundesrat solle auf seinen Beschluß zurückkommen. Ich protestierte und beantragte, das Ausweisungsdekret in extenso zu veröffentlichen, damit die Deffentlichkeit wisse, wie sich die Sache verhalte. Nach gewalteter Diskuffion beschloß der Bundesrat, das Justiz- und Polizeidepartement einzuladen, den Ausweisungsbeschluß bis auf weiteres nicht zu vollgiehen. Dieser Beschluß wurde mit allen gegen meine Stimme gefaßt und ich hatte das zweifelhafte Vergnügen, der bernischen Polizeidirektion bezügliche Mitteilung zu machen. Ich verweise auf das Protokoll, wovon ein Auszug bei den Akten Kösemeier (Polizei-Abteilung) liegt. Um das Maß voll zu machen, wurde dieser Anfall von Schwäche in der welschen Presse mir in die Schuhe geschoben.

Der Berzicht auf unsere berühmte "Unabhängigkeit" war damit evident. Die Intervention einer fremden Zeitungsdame hatte den Bundesrat veranlaßt, auf ersten Anhieb zusammenzuklappen. Mir aber war dies Verhalten ein Stich ins Herz! Es war freilich nicht das erste Mal. Mit dem englischen Journalisten und Propagandisten Grande, der sich der besonderen Protektion des britischen Gesandten erfreute, ging es seinerzeit genau so. Man drohte, uns den Brotkorb höher zu hängen, und wir fügten uns. Die Geschichte mit der "Freien Zeitung" war nicht viel besser. Her Brüstlein (!) ging zu Herrn Ador und drohte mit Wilson und — "je me désolidarise" hieß es im Bundesrate und im "Journal de Genève"!

Beispiele, die mich nicht direkt berührten, gibt es zu Hunderten! Wan denke nur an die Entwicklungsgeschichte der S. S., der schwarzen Listen, an Spionage- und Bombenprozesse, an Mougeot, Engelmann und ähnliches Gelichter! Alle Kriegführenden foutierten sich um die Hoheit des neutralen Kleinstaates und fanden das ganz in Ordnung.

Und der Bundesrat war fast wehrlos. Das war die Folge unser er inneren Zerfahrenheit. Wie schön war doch unsere Lage gewesen nach der Modilmachung im Jahre 1914 und der einmütigen Erhebung des ganzen Volkes zum Schuze des Landes! Welche Stellung nähmen wir heute ein, wenn es so geblieben wäre! Es hat nicht sollen sein. Die Sidgenossen sind in dieser großen Zeit in ihren kleinlichen Zänstereien hängen geblieben und den Intrigen und der Propaganda des Auslandes erlegen. Deshalb durfte das Ausland auch mit uns umgehen wie es geschehen ist. — Diese Streislichter gehören auch zu dem Bilde, das mir vor Augen stand, als ich mich über die Stellungnahme in Sachen meiner Kandidatur auf die Präsidentschaft schlüssig machen mußte.

6. Zunächst dachte ich ernstlich daran, einfach meine Entlassung aus dem Bundesrate zu verlangen. Diese Demütigungen hatten mir das Verbleiben im Amte gründlich verleidet. Auch sonst sah ich ringsum nur Zerfahrenheit, Geschwät, nervoje Gereiztheit und kleinliches Mißtrauen aller gegen alle. Die Zukunft des Landes war düster. Die Beschäftigung mit den in den Vordergrund tretenden Polizeisachen widerte mich an. Zu ernster gesetzgeberischer, zu nütlicher Arbeit fehlte Zeit und Ruhe. Und das absterbende Parlament verplämperte die kostbare Zeit mit eitlem Gerede und mit einem stets ärger werdenden Trommelfeuer von Interpellationen, Motionen und Postulaten. Föderalis. mus und Reaktion machten sich breit in einer Zeit, wo Zusam. menfassung der Kräfte und energischer Fortschritt nötiger wären als je. Die unfähigen Kantone schoben alle Schuld dem Bunde zu, wenn etwas schief ging. Von sich aus, aus eigener Kraft und Initiative leisteten sie wenig oder nichts.

So war mir mein Amt verleidet und ich sah wohl ein, daß ich an diesem Zustande nichts ändern konnte.

Allein die Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporzsystem und damit die Gesamterneuerung des Bundesrates standen auf der Tagesordnung. Das Jahr 1919 mußte beide bringen. Es wäre schwierig und kaum im Interesse des Landes gewesen, wenn in diesem Augenblicke eine Einzelersatwahl hätte stattsinden müssen. Deshalb entschloß ich mich, die Demission als Bundesrat für den äußersten Notsall vorzubehalten, zunächst aber lediglich auf die Wahl zum Bundespräsidenten für das Jahr 1919 zu verzichten.

7. In dem romanischen Teil unseres Landes hatte man wohl, abgesehen von gewissen Pressedsaken und von durch die Presse beeinflußten Leuten gegen meine Person nicht viel einzuwenden. Das haben auch die Vertreter der Westschweiz in der radikaldemokratischen Gruppe erklärt. Nur die Zentrumsleute aus der Westschweiz waren mir eigentlich seindselig gesinnt. Aber ich wußte es doch, daß die ganze Westschweiz es begrüßen würde, wenn ich Herrn Ador den Platz räumen würde. Meist aus rein opportunistischen Gründen, weil man mit Recht annahm, daß Ador sehr genehm sein würde bei der Entente, was von mir nicht gesagt werden konnte.

Anderseits mußte ich erwarten, daß man in großen Areisen der deutschen Schweiz meinen Verzicht nicht gern sehen würde, weil man darin ein Zürück weich en vor welscher Agitation und Intrige erblicken würde. Andere Areise der deutschen Schweiz freilich waren von vornehere in nicht dieser Meinung, vorzugsweise ententistisch orientierte Leute dachten auch hier wie die Welschen, wenn sie es auch nicht sagten. Und noch andere dachten speziell an das politische Departement und teilten in dieser Richtung die Aufsassung Calonders. So der "Bund".

Bei der Entente war ich aber offenbar längst auf die "schwarze Liste" gesett. "Démocrate" und die jurassischen Räseblätter, die Genfer Blätter mit Tony Roche, dem Konfektions. schweizer, und de Rabours an der Spike, "Gazette de Laufanne" und andere hatten mich im Verlaufe des Krieges genugsam als germanophil angeschwärzt. (Vielfach hielt man dafür, mein Bater sei ein naturalisierter Deutscher, während unsere Familie, aus dem Thurgau von Sitterdorf stammend, schon seit mehr als achtzig Jahren in Nidau im Kanton Bern heimatberechtigt ist. Freilich meine Mutter stammte aus Dresden, was man aber nicht geltend gemacht zu haben scheint.) Kurz, ich war bei der Entente nicht gut angeschrieben. Und ich gebe auch unumwunden zu, daß meine Sympathien ursprünglich auf deutscher Seite waren, weil ich mit vielen andern Deutschland für den angegriffenen Teil hielt. Aber das hat mich nie gehindert, in allen Dingen vorab schweizerisch zu denken und zu handeln und nur das Interesse meines Landes im Auge zu haben. Saben alle Mitglieder des Bundesrates in dieser schweren Zeit sich so frei von fremdem Einflußgehalten wie ich? Die Frage möchte ich einmal stellen angesichts der in famen Art, wie man gegen mich vorzugehen für erlaubt hielt.

Aber genug davon! Bei der Entente stand ich auf der schwarzen Liste. Wer weiß, welchen Teil ententistische Propaganda an der gegen mich geführten Kampagne hatte? Aus der Zeit vom Juni 1917 erinnere ich mich an eine Depesche*), in der gesagt war, daß gegen Bundesrat Hoffmann

*) Anmerkung der Schriftleitung: Die Depelche, auf die Müller hier Bezug nimmt, ging von der ruffischen Gesandtschaft in Bern an die ruffische Regierung in Betersburg und hatte folgenden Wortlaut:

"Beute erklärt der Bertreter Großbritanniens herrn hoffmann, daß feine Bermittlungstätigkeit bei Ubermittlung der Friedensvorschläge Deutschlands an Ruß= land einen ftarfen und bochft ungunftigen Gindruck in England hervorrufe. Nach bem Ausspruch des Gesandien muß man einen Ausbruch von Entruftung in ber englischen Presse erwarten, die die Schweizer Regierung beschuldigen wird, die Neutralität nicht gewissenhaft zu beobachten. Heute sprach ich in der Unterredung mit bem frangofischen Gefandten die Meinung aus, daß für die Berbandsmächte jest der Augenblick gekommen sei, sich von Herrn Hoffmann zu befreien. Dieser ist ein "spiffindiger Jesuit", wie ihn der frangofische Gesandte nennt, ein außerst intelligenter und für den Verband ichablicher Menich. Seine Deutschfreundlichkeit ift für niemand ein Geheimnis. Hoffmann führte bie Schweizer Politit bisher perfönlich und ließ eine Einmischung des Bundesrates bisher nicht zu. Es wäre äußerst wünschenswert, daß er durch eine uns mehr zusagende Berionlichkeit ersett wurde. Un mich gelangten mehrfach aus deplomatischer Quelle Mitteilungen, daß Hoffmann offen die Meinung ausspricht, Rugland befinde sich am Rande des Verderbens. Mit seinem Abgang wird hier eine der Hauptquellen für ungünstige Gerüchte über Rußland beleitigt werden. Hoffmann versuchte den englischen Gesandten davon zu überzeugen, daß er sich in die Tätigkeit Grimms nur deshalb gemischt habe, weil letterer ihn gebeten habe, ihm die deutschen Friedensbedingungen zu senden. Er behauptet auch, daß er auf eigene Gefahr gehandelt habe und daß dem Bundesrat bis heute morgen nichts von seiner Vermittlertätigfeit bekannt gewesen sei. Ich nehme an, daß diese lette Erflärung mit der Wahrheit übereinstimmt. Hoffmann sagte noch dem englis ichen Gesandien, daß ein Hauptgrund für seinen Auftrag an Grimm seine tiefe Besorgnis um das Schickal der Schweiz gewesen sei, die im Falle der Fortbauer des Krieges im Winter durch eine Verforgungefrise leiden wurde. Die Ausflüchte Hoffmanns überzeugten den britischen Gesandten nicht davon, daß Hoffmann nur eine einfache Unvorsichtigteit beging. Meinerseits zweifle ich nicht, daß das Programm Hoffmanns ein reiflich vorbedachtes Manöver war. Ich nehme sogar durch= aus an, daß Hoffmann sich hierüber mit Grimm vor dessen Reise nach Rußland besprochen hat. Mir erscheint es höchft wünschenswert, auf den Abgang Hoffmanns von seinem Bosten durch einen geräuschvollen Feldzug gegen ihn in der ruffischen Presse hinzuwirken. Ich halte es für meine Pflicht, zu berichten, daß in Anbeiracht der franthaften Eigenliebe der Schweiz ein Drud auf ihre Regierung mit der Abficht der Entfernung einer für die Interessen des Verbandes schädlichen Berson aus ber Regierung in gewöhnlichen Zeiten wenig Aussichten auf Erfolg haben wurde; aber jest ift hoffmann eriappt, und es mare febr munichenswert, den gunftigen Augenblick nicht zu versäumen.

eine heftige Preßkampagne eröffnet werden müsse. Die Depesche kam von einer damals zur Entente gehörenden Gesandtschaft. Exempla docent!

Nun war die Entente siegreich und im Begriffe, den Frieden zu diktieren. Große Interessen standen auch für unser Land auf dem Spiele. Ein Bundespräsident und ein Chef des politischen Departements, die der Entente genehm waren, konnten mit ihren Vertretern viel besser, freier und erfolgreicher verkehren als der in Acht erklärte Berner. Das Interesse des Landes gebot also meinen Verzicht.

Was wäre das unter mir auch für ein Präsidententum gewesen! Unausgesetzt von der einen Seite des Landes bekämpft und beschimpft, den häßlichsten Angriffen ausgesetzt. Bei jedem Wißerfolge, bei jeder Enttäuschung als die Ursache und der Schuldige hingestellt. Im Vertrauen des Volkes nur mäßig gestütt. Bei der Gegenpartei mit Mißtrauen empfangen. Diplomatischer Fallenstellerei und Intrige täglich ausgesetzt. Niedergedrückt und in der Freiheit der Entschließung beeinträchtigt durch alle diese Faktoren und ohne Waffen und Wittel, diese Situation zu ändern!

Die Würde des Bundespräsidiums hätte sich mit dieser Stellung nicht vertragen und meine persönliche Ehre und Würde ebenfalls nicht. Und deshalb konnte ich auch sagen, daß ich mich gesundheitlich nicht mehr stark genug fühle, um unter solchen Umständen das Präsidium zu übernehmen. So war ich entschlossen, abzulehnen. Und damit auch der Schein vermieden werde, als ob die deutsche Schweiz auch diesmal vor der französischen zurückweiche, beschloßich, die ganze Verantwortung für diesen Entschluß auf mich allein zu nehmen. Bevor die Bundesversammlung zur Dezembersession zusammentrat, teilte ich meinen Entschluß dem Präsidenten der radikaldemokratischen Gruppe und dem Bundesrate als einen unabänderlichen mit.

Es hat nicht an Versuchen gesehlt, mich trozdem davon abzubringen. Sie waren gewiß gut und ehrlich gemeint. Wer mich kennt, mußte wissen, daß diese Versuche nutlos waren. Ich war entschlossen, lieber meine gänzliche Entlassung aus dem Bundesrate zu verlangen, als mich, se i es auch nur zum Scheine, zum Bundespräsidenten wählen zu lassen. Mein Wunsch, aus dem ich kein Hehl machte, war, daß die ganze Sache möglichst geräuschlos erledigt und Herr Ador mit an ständigem Mehr zum Präsidenten gewählt werden möchte."

25. 12. 18.

(Unterzeichnet: Müller, Bundesrat.)